



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 11.01.2024  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:29 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Dr.med. Detlef Wend   | Ausschussvorsitzender<br>Fraktion MitBürger   |
| Ute Haupt             | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)   |
| Claudia Schmidt       | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)   |
| Melanie Ranft         | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Vertretung für Jan Döring   |
| Carsten Heym          | AfD-Stadtratsfraktion Halle   |
| Sören Steinke         | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  |
| Dörte Jacobi          | Fraktion Die PARTEI Halle (Saale),<br>unabhängig  |
| Helga Schubert        | Fraktionslos  |
| Diana Franke          | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss   |
| Uwe Kramer            | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss   |
| Anna Manser           | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss   |
| Christof Starke       | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss   |
| Dagmar Deckwerth      | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Jerome Deubel         | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Dr. Hendrik Kluge     | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Ulrike Pilz           | stellv. stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss<br>Vertretung für Frau Dr. Gaby Hayne |
| Nico Teschner         | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Susanne Willers       | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Etienne Samuel Knorre | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Robert Schönrok       | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |
| Daniel Becker         | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss   |

### **Verwaltung:**

|                      |  |
|----------------------|--|
| Katharina Brederlow  | Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung<br>und Soziales |
| Alexander Frolow     | Leiter Fachbereich Bildung                                 |
| Annika Seidel-Jähnig | Referentin Geschäftsbereich Bildung und<br>und Soziales    |
| Christian Loll       | Leiter Team Fördermittel                                   |
| Ralph Placke         | Jugendpfleger  |
| René Lukas           | Protokollführer  |

### **Entschuldigt fehlten:**

|                    |   |
|--------------------|---|
| Jan Döring         | Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN                         |
| Beate Gellert      | Fraktion Hauptsache Halle                             |
| Dr. Gaby Hayne     | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss |
| Tobias Heinicke    | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss |
| Dr. Toralf Fischer | stimmberechtigtes Mitglied im<br>Jugendhilfeausschuss |

Dr. Tino Kleinert  
René Moses  
Mirko Petrick  
Max Nordhaus  
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Dr. Wend** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.11.2023
- 5.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung BA und JHA am 14.12.2023
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen  
Vorlage: VII/2023/05624
- 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Zweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 - allgemeinbildende Schulen ( VII/2023/05624)  
Vorlage: VII/2023/06637
- 7.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Zweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 - allgemeinbildende Schulen  
Vorlage: VII/2023/06669
- 7.2. Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05717
- 7.3. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Innovative Maßnahmen  
Vorlage: VII/2023/06423
- 7.4. Neufassung der Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen und zum

Aufnahmeverfahren an kommunalen Schulen ab der 5. Jahrgangsstufe  
Vorlage: VII/2023/06422

- 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) - Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2024/06694
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Gewinnung von Pflegefamilien, bei einer Kostenstabilisierung in den Hilfen zur Erziehung (HzE) Vorlage: VII/2023/06435
- 8.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erweiterung des Angebotes Mutter/Vater Kind-Wohnen nach § 19 SGB VIII in Halle Vorlage: VII/2023/06462
9. Mitteilungen
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.11.2023
- 12.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung BA und JHA am 14.12.2023
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

### **zu 3 Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

### **zu 4 Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

### **zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.11.2023**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 30.11.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

### **zu 5.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung BA und JHA am 14.12.2023**



**Frau Schmidt** wies darauf hin, dass nicht nur an einer IGS die Möglichkeit des Abiturabschlusses besteht. In Sachsen-Anhalt kann man nach seinem erfolgreichen Realschulabschluss beispielsweise an einem Fachgymnasium sein Abitur abschließen. Sie betonte, dass somit ein durchlässiges Bildungssystem vorliegt.

**Frau Jacobi** erwähnte, die neue Version des Änderungsantrags von der Fraktion DIE LINKE.

Sie erkundigte sich, ob die Fraktion DIE LINKE die Beabsichtigung hat, den Punkt 3b der Beschlussvorlage der Verwaltung komplett zu streichen.

**Herr Dr. Wend** fügte hinzu, dass aus dem Änderungsantrag der Eindruck besteht, dass die Fraktion DIE LINKE überhaupt keine neue Schule bauen möchte.

**Frau Haupt** sagte, dass die Fraktion DIE LINKE eine vierte integrierte Gesamtschule mit sechs Zügen am Standort Dölauer Straße 71, Halle (Saale) zum Schuljahresbeginn 2024/25 eröffnen möchte. Das ist der hauptsächliche Inhalt des Änderungsantrags.

**Herr Dr. Wend** erwähnte die Streichung im Änderungsantrag.

~~3b. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Bau oder die Sanierung eines Schulgebäudes mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1.150 Lernenden durch einen privaten Investor realisieren zu lassen am Standort Graselkenweg 16, 06120 Halle (Saale) zu realisieren.~~

**Frau Schmidt** vermutete, dass die Fraktion DIE LINKE den Punkt 3b fälschlicherweise ganz gestrichen hat, weil der Antrag nochmalig geändert wurde. Sie schlug eine EinzelpunktAbstimmung zum Änderungsantrag vor.

**Frau Jacobi** erwähnte den Redebeitrag von Herrn Lange bei der Sondersitzung des Bildungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses. Dort wies Herr Lange auf die Streichung des Passus „~~durch einen privaten Investor realisieren zu lassen~~“ hin. Diese Streichung wurde veranlasst, weil keine positive Erfahrung der Fraktion DIE LINKE mit PPP-Modellen besteht.

**Herr Heym** wies auf die Formalitäten bei der Erstellung von Änderungsanträgen von Fraktionen hin.

**Frau Brederlow** sagte, dass sie Herrn Lange im Bildungsausschuss so verstanden hatte, dass er aus seinem alten Änderungsantrag den Punkt 2 gestrichen haben wollte. Sie reagierte auf den Wortbeitrag von Frau Jacobi und teilte mit, dass es sich hierbei nicht um PPP-Modelle handelt. Es geht um die Errichtung eines Gebäudes, welches angemietet und von der Verwaltung selbst betrieben wird.

**Herr Dr. Wend** fügte hinzu, dass die Änderung im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE beabsichtigt, dass kein privater Investor den Bau oder die Sanierung eines Schulgebäudes vornimmt.

**Frau Haupt** teilte mit, dass sie den heutigen eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE so zur Abstimmung geben möchte. Sie wird aber die heutige entsprechende Diskussion zu den Änderungen in ihrer Fraktion besprechen.

**Herr Frolow** sagte, dass Herr Lange so verstanden wurde, dass er diese Einschränkung, die seine Fraktion ursprünglich gemacht hat, nicht mehr haben will. Er erlaubt der Verwaltung, einen privaten Investor einzubinden. **Herr Frolow** wies darauf hin, dass aus seiner Sicht die aktuelle Streichung im Änderungsantrag der LINKEN unproblematisch ist.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich für die Ausführungen bei Herrn Frolow. Er bat den Vorschlag zur EinzelpunktAbstimmung zurückzunehmen und den Änderungsantrag im Ganzen abzustimmen. Er sagte, dass die bestehenden Missverständnisse bis zum kommenden Stadtrat geklärt werden können.

**Herr Kramer** sagte, dass sich die freien Träger mit ihren Wissensständen aus der Sondersitzung, der Zeitung und der aktuellen Diskussion aktuell einen Gesamtüberblick machen müssen. Er hält es für sinnvoll, wenn Beschlussvorlagen im Bildungsausschuss und danach im Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Abstimmung stehen, dass vorher über das Abstimmungsverhalten des Bildungsausschusses informiert wird.

**Herr Dr. Wend** stimmte dem Anliegen von Herrn Kramer zu.

**Herr Dr. Wend** nahm Bezug auf verschiedene Wortbeiträge mit dem Thema Sekundarschulen. Er betonte, dass er nicht das Engagement von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Sekundarschulen irgendeiner Form diffamieren möchte. **Herr Dr. Wend** sagte, dass er persönlich die Form der Sekundarschule für ein überholtes Modell hält.

**Herr Dr. Wend** bat die vorliegende Beschlussvorlage abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt mit Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27.
2. Der Stadtrat beschließt seinen Beschluss Nr. VII/2021/02936 – Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen – vom 23.02.2022 teilweise abzuändern und
  - a. die Schaffung von Schulplätzen am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“ im Umfang von einem weiteren Zug auf insgesamt fünf Züge (zuvor vier Züge) unter Einbeziehung des Standortes Rainstraße 19, 06114 Halle (Saale), bis zum Schuljahr 2027/28 umzusetzen;
  - b. beauftragt die Verwaltung, die Fertigstellung des Schulerweiterungsbaus am Standort Kastanienallee 2, 06124 Halle (Saale), bis zum Schuljahr 2028/29 sicherzustellen.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,
  - a. eine vierte Integrierte Gesamtschule mit sechs Zügen am Standort Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale) zum Schuljahresbeginn 2024/25 zu eröffnen;
  - b. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Bau eines Schulgebäudes mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1.150 Lernenden durch einen privaten Investor realisieren zu lassen.

4. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, Kapazitäten für die prognostisch festgestellten Bedarfe an Schulplätzen an weiterführenden, kommunalen Schulen gemäß der in Anlage 1, Tabelle 8 ausgewiesenen Kapazitätserweiterungen sicherzustellen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, acht Unterrichtsräume als Modulbauten für die Sekundarschule Halle-Süd am Standort in der Kurt-Wüsteneck-Straße 21, 06132 Halle (Saale) zum Schuljahresbeginn 2025/26 bereitzustellen.
6. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die oberste Schulbehörde aufzufordern, zum Erhalt der Sportschulen Halle eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen.
7. Der Stadtrat beschließt, die Punkte 2c), 2d) und 2e) des Beschlusses vom 23.02.2022 zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 (VII/2021/02936) aufzuheben und die Anträge auf Sicherung der Daseinsvorsorge für die Grundschule Radewell, das Gymnasium Südstadt und das

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Zweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 - allgemeinbildende Schulen (VII/2023/05624) Vorlage: VII/2023/06637**

---

**Frau Haupt** brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt nach Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

Punkt 3 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

**Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,**

**a. eine vierte Integrierte Gesamtschule mit sechs Zügen am Standort ~~Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale)~~ Dölauer Straße 71, Halle (Saale) zum Schuljahresbeginn 2024/25 zu eröffnen;**

~~b. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Bau oder die Sanierung eines Schulgebäudes mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1.150 Lernenden durch einen privaten Investor realisieren zu lassen am Standort ~~Grasnelkenweg 16, 06120 Halle (Saale)~~ zu realisieren.~~

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Zweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 - allgemeinbildende Schulen  
Vorlage: VII/2023/06669**

---

**Frau Schmidt** brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Sie beantragte Einzelpunkt abstimmung für die Punkte 3a, 3b und 4.

Da die Punkte 1, 2, 3c, 5, 6 und 7 wortgleich mit der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung sind, wurden nur die Punkte 3a, 3b und 4 in Einzelpunktabstimmung abgestimmt.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

### Abstimmungsergebnis:

### **Einzelpunktabstimmung**

- 3a) mehrheitlich abgelehnt
- 3b) einstimmig zugestimmt
- 4) mehrheitlich zugestimmt

### Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27.
2. Der Stadtrat beschließt seinen Beschluss Nr. VII/2021/02936 – Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen – vom 23.02.2022 teilweise abzuändern und
  - a. die Schaffung von Schulplätzen am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“ im Umfang von einem weiteren Zug auf insgesamt fünf Züge (zuvor vier Züge) unter Einbeziehung des Standortes Rainstraße 19, 06114 Halle (Saale), bis zum Schuljahr 2027/28 umzusetzen;
  - b. beauftragt die Verwaltung, die Fertigstellung des Schulerweiterungsbaus am Standort Kastanienallee 2, 06124 Halle (Saale), bis zum Schuljahr 2028/29 sicherzustellen.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,
  - a. eine **Sekundarschule** ~~vierte Integrierte Gesamtschule mit sechs Zügen~~
  - b. am Standort Dölauer Straße 71, Halle (Saale) ~~Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale)~~ zum Schuljahresbeginn 2024/25 zu eröffnen;**
  - c. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Bau eines Schulgebäudes mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1.150 Lernenden durch einen privaten Investor realisieren zu lassen.**
4. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, Kapazitäten für die prognostisch festgestellten Bedarfe an Schulplätzen an weiterführenden, kommunalen Schulen gemäß der in Anlage 1, Tabelle 8 ausgewiesenen Kapazitätserweiterungen sicherzustellen. **Auf die Eröffnung zusätzlicher Züge am Lyonel-Feininger-Gymnasium wird verzichtet. Auf die Eröffnung zusätzlicher Züge am Christian-Wolf-Gymnasium wird verzichtet. Auf die Eröffnung zusätzlicher Züge an der Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke“ wird verzichtet.**
5. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, acht Unterrichtsräume als Modulbauten für die Sekundarschule Halle-Süd am Standort in der Kurt-Wüsteneck-Straße 21, 06132 Halle (Saale) zum Schuljahresbeginn 2025/26 bereitzustellen.
6. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die oberste Schulbehörde aufzufordern, zum Erhalt der Sportschulen Halle eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen.
7. Der Stadtrat beschließt, die Punkte 2c), 2d) und 2e) des Beschlusses vom

23.02.2022 zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 (VII/2021/02936) aufzuheben und die Anträge auf Sicherung der Daseinsvorsorge für die Grundschule Radewell, das Gymnasium Südstadt und das Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium nicht zu stellen.

**zu 7.2 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05717**

---

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Zehnte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

**zu 7.3 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Innovative Maßnahmen Vorlage: VII/2023/06423**

---

**Herr Dr. Wend** bat die Antragssteller einzeln abzustimmen. Er machte auf die Einhaltung des Mitwirkungsverbots aufmerksam.

**Frau Haupt** bezog sich auf den Antragssteller unter Lfd. Nummer 04 St. Johannis GmbH – Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen. Sie fragte, warum nur eine halbe Stelle für den vorliegenden Förderungszeitraum gefördert wird.

**Herr Placke** teilte mit, dass der Antragssteller seit 2019 am bundesgeförderten Programm „Respekt Coaches“, angegliedert war. Ein Hauptziel und ein Hauptinhalt der bisherigen Tätigkeit der Vollzeitstelle war die Akquise und der Aufbau eines Netzwerkes von Trägern, Akteuren und Unterstützern im Bereich der Integration von Schülern mit Migrationshintergrund.

Er sagte, dass nach Rücksprache mit der Schule, den Schulsozialarbeitern und mit dem Träger bekannt wurde, dass dieses Hauptziel erreicht worden ist. Er betonte, dass ein sehr gutes Netzwerk an dieser Schule existiert. Daher wurde aus Verwaltungssicht festgestellt, dass insbesondere für die jetzt noch verbleibende halbe Stelle das Hauptaugenmerk auf die weitere Arbeit mit den Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund an der Schule liegt. Das war in den vergangenen drei Jahren weniger der Fall, da das Hauptaugenmerk auf dem Aufbau des Netzwerkes lag.

**Frau Jacobi** stellte fest, dass die Verwaltung nur eine halbe Stelle für die Überbrückung des fehlenden bundesgeförderten Programms für diese Maßnahme fördert. Sie kann die Begründung der Verwaltung nicht nachvollziehen und plädierte für eine Vollzeitstelle.

**Herr Kramer** teilte mit, dass die Fliederwegschule momentan zwei Schulsozialarbeiter und

einen auslaufenden Respektcoach hat. Der Respektcoach ist bei der Sankt Johannis GmbH angestellt und die Schulsozialarbeiter bei dem Kinder- und Jugendhaus e.V. Er bemerkte, dass der Kinder- Jugendhaus e.V. zur Mitte des nächsten Schuljahres in das Folgeprogramm mit einem eigenen Antrag bzw. einer eigenen Person einsteigen möchte.

**Herr Kramer** bemerkte, dass es somit zu keinem Abbruch zwischen Schuljahresende und Schulanfang des nächsten Jahres geben soll und St. Johannis somit noch die halbe Stelle aus städtischen Mitteln gefördert bekommt. Er wies darauf hin, dass derzeit die Situation von zwei Trägern, mehreren Anträgen und die festgestellte Übergangssituation bei dem Antragssteller besteht. Die Verwaltung schlägt daher nur eine halbe Stelle beim Antragsteller St. Johannis GmbH vor, bis eine genauere Klärung im Sommer 2024 stattfinden kann.

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich, ob finanzielle Bundesmittel dafür feststehen.

**Herr Kramer** sagte, dass es keine Klarheit über finanzielle Bundesmittel gibt. Es besteht aber die Vermutung, dass es einen Trägerwechsel ab Schuljahresmitte geben wird.

**Frau Jacobi** erkundigte sich, ob eine Stellungnahme zur Stellenkürzung vom Antragsteller vorliegt.

**Herr Placke** verwies auf seinen vorausgegangenen Wortbeitrag, dass das Hauptziel der bisherigen Tätigkeit der Vollzeitstelle die Akquise und der Aufbau eines Netzwerkes war. Mit dem Antragsteller wurde im Vorfeld über die bestehende Situation gesprochen.

**Frau Ranft** erkundigte sich, ob der Antragsteller im heutigen Jugendhilfeausschuss vertreten ist und zur Sachlage sprechen kann.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass im Rahmen dieser Beschlussvorlagen keine Wortbeiträge von Trägern zugelassen sind.

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich, ob Frau Jacobi einen Änderungsantrag für eine Vollzeitstelle anstrebt.

**Frau Jacobi** sagte, dass die Stadtverwaltung mit dem Antragsteller gesprochen hat und dieser weder bei den Fraktionen noch bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses Kontakt aufgenommen hat. Aus diesem Grund wird kein Änderungsantrag angestrebt.

**Herr Dr. Wend** hinterfragte, welche Sachverhalte erfahrungsgemäß eintreten würden, wenn der Jugendhilfeausschuss heute eine Vollzeitstelle genehmigen würde.

**Frau Brederlow** betonte, dass hierbei über innovative Projekte gesprochen wird. Die Maßnahme läuft seit 2019, die Verwaltung hat sich hinsichtlich des Themas „Innovativ“ sehr nachsichtig gezeigt. Sie wies darauf hin, dass die Verwaltung zumindest eine Überbrückung für dieses Schuljahr zulässt.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass der Jugendhilfeausschuss letztendlich eine Entscheidung treffen muss, dieser hat aber nicht immer ein gewisses Hintergrundwissen. Erfahrungsgemäß sind die finanziellen Möglichkeiten leider oft zu knapp und aus diesem Grund ist die Sorge des Jugendhilfeausschusses durchaus nicht unberechtigt.

**Herr Dr. Wend** bat, die einzelnen Antragsteller laut Anlage abzustimmen.

Es gab keine Wortmeldungen.

**Lfd. Nr. Nummer 01**

**Evangelische Stadtmission Halle e.V.  
FREE – Freiraum entdecken und Erleben**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Lfd. Nr. Nummer 02**

**AWO SPI GmbH – Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft  
Fairer Zugang zu Kindertagesbetreuung für alle!**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Lfd. Nr. Nummer 03**

**Kaltstart e.V. Verein für Improvisationstheater  
Eintauchen – Kinder- und Jugendtheaterwerkstatt**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Frau Manser** befand sich im Mitwirkungsverbot und verließ den Sitzungstisch.

**Lfd. Nr. Nummer 04**

**St. Johannis GmbH – Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen  
Partizipation und Integration: Gemeinsam stark für die Zukunft**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

---

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter dem Haushaltsvorbehalt für 2024 die Förderung bzw. Teilförderung der Träger der freien Jugendhilfe entsprechend der Aufstellung gemäß der Übersicht in der Anlage: aufgeführte Maßnahmen der laufenden Nummern 01 bis 04.

**zu 7.4 Neufassung der Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen und zum Aufnahmeverfahren an kommunalen Schulen ab der 5. Jahrgangsstufe  
Vorlage: VII/2023/06422**

---

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** zugestimmt mit Änderungen

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) –Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage.

**zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) - Aufnahmesatzung -**  
**Vorlage: VII/2024/06694**

---

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung (siehe Anlage 1 der Verwaltung zur Beschlussvorlage) über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) –Aufnahmesatzung – wie folgt zu ändern:

§ 4

Kapazitätsgrenzen für kommunale Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt

Für die Gymnasien in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) gelten folgende Kapazitätsgrenzen für die Aufnahme in Jahrgangsstufe 5:

Christian-Wolff-Gymnasium ~~5-zügig / 140 Schüler~~ **4 zügig / 112 Schüler**

Lyonel-Feiningergymnasium ~~5-zügig / 140 Schüler~~ **4 zügig / 112 Schüler**

**zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Gewinnung von Pflegefamilien, bei einer Kostenstabilisierung in den Hilfen zur Erziehung (HzE)**  
**Vorlage: VII/2023/06435**

---

**Frau Schmidt** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Dr. Wend** wies darauf hin, dass es sich hierbei um einen Prüfantrag handelt.

**Herr Frolow** sagte, dass man gegen diesen Prüfantrag keine Einwände hat, weil dieser Aspekt laufend von der Verwaltung umgesetzt wird. Das heißt z.B. die Leistungen auf den Prüfstand stellen, um zu schauen, was verbessert oder effektiver werden kann. Das wird auch im Bereich des Pflegekinderwesens so umgesetzt. Er wies darauf hin, die einzelnen

Arbeitsfelder auch mit ihren Schwierigkeiten im nächsten Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung thematisiert werden.

**Frau Haupt** erkundigte sich, ob beim Pflegekinderwesen die gleichen Bedingungen, wie bei einer Adaption bestehen.

**Herr Frolow** wies darauf hin, dass man diese beiden Sachverhalte in ihren Anforderungen nicht vergleichen kann. Er bestätigte, dass beim Pflegekinderwesen hohe Anforderungen bestehen und die dazugehörigen Prüfungen sehr intensiv sind. **Herr Frolow** hält diese aber für berechtigt, weil es ein sehr sensibles Thema ist.

**Herr Heym** gab zu bedenken, dass man keine qualitativen Abstriche oder eventuelle falsche Erwartungen in diesem Segment machen sollte. Er sagte, dass jedem bewusst sein sollte, dass diese Kinder in der Regel aus problematischen Verhältnissen kommen, d.h. man muss eine gewisse Kompetenz mitbringen. Bemühungen um mehr Potenzial, welches aber quantitativ erscheint, ist nicht zielführend.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass es große Anforderungen im Bereich Pflegekinderwesen gibt. Er bedankte sich für die Ausführungen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Wir fordern die Verwaltung auf zu prüfen:

1. welche Maßnahmen geeignet sind, um die Gewinnung von Pflegefamilien zu forcieren (Image-, Informationskampagne, prominenter und ansprechender Information auf der Website usw.),
2. wie die Prozesse für interessierte Familien einfacher und transparenter gestaltet werden können,
3. inwiefern Kooperationen mit dem Saalekreis bei der Vermittlung von Pflegefamilien möglich sind,
4. wie die Zusammenarbeit mit freien Trägern (Bsp. Pflegenester) ausgebaut werden kann,
5. welche Einsparungen im städtischen Haushalt sich je Unterbringungsplatz und insgesamt jährlich ergeben, auch wenn der Kostensatz für Pflegefamilien und andere Vergünstigungen zur Attraktivierung erhöht werden.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erweiterung des Angebotes Mutter/Vater Kind-Wohnen nach § 19 SGB VIII in Halle  
Vorlage: VII/2023/06462**

---

**Frau Ranft** teilte mit, dass sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erweiterung des Angebotes Mutter/Vater Kind-Wohnen nach § 19 SGB VIII in Halle Vorlage: VII/2023/06462 bei der Feststellung der Tagesordnung vertagen wollte. Dieser Vorgang wurde vergessen.



**Frau Ranft** bezog sich auf den Diskussionspunkt im Bildungsausschuss zur Geschwisterregelung in der Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen und zum Aufnahmeverfahren an kommunalen Schulen ab der 5. Jahrgangsstufe. Sie erkundigte sich nach dem weiteren Verfahren.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die Verwaltung den Grundgedanken aus dem Bildungsausschuss aufgenommen hat. Momentan wird ein erster rechtssicherer Formulierungsvorschlag zur Geschwisterregelung geprüft.

**Herr Dr. Wend** erwähnte ebenfalls, dass im Bildungsausschuss der Sachverhalt zur Geschwisterregelung angesprochen wurde. Dabei wurde festgestellt, dass diese Regelung bisher über eine Blutsverwandtschaft entschieden wurde. Des Weiteren wird diese Regelung bspw. bei Patchwork-Familien nicht angewendet. Diese einzelnen Faktoren wurden als rückschrittlich eingestuft.

#### **zu 10.2 Herr Dr. Wend zum Stand der Maßnahmen zur Jugendkriminalität**

---

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich zum aktuellen Stand der beschlossenen Sondermaßnahmen zum Thema Jugendkriminalität.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass die Polizei über einen Rückgang der Jugendkriminalität in den letzten Monaten berichtete. Dieser Rückgang ist der erste Erfolg, der eingeleiteten Maßnahmen. Sie sagte, dass diese Maßnahmen weiter fortgesetzt werden und die bisher gute Zusammenarbeit aller Gremien weitergeführt wird.

#### **zu 10.3 Herr Dr. Wend zum Thema Schülergremien**

---

**Herr Dr. Wend** erwähnte das Projekt Schülergremien. Dieses Projekt wurde von der Justizministerin Franziska Weidinger im Kampf gegen Straftaten auf dem Schulhof als erfolgreich beurteilt. Er schilderte, dass hierbei die Möglichkeit eröffnet wird, dass in bestimmten Fällen ein Verfahren ohne Anklage und Gerichtsentscheidung beendet werden kann. Gegen Jugendliche kommt dabei die Verhängung anderer erzieherischer Maßnahmen in Betracht. **Herr Dr. Wend** erkundigte sich, ob dieses Projekt auch in der Stadt Halle (Saale) eingeführt wird bzw. geplant ist.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass dieses Projekt jederzeit an jeder Schule stattfinden kann. Derzeit finden solche Schülergremien in der Stadt Halle (Saale) noch nicht statt. Sie wies darauf hin, dass dieses Verfahren aber nur bei kleineren Delikten angewandt wird, d.h. Verfahren bei Straftaten werden in diesem Projekt nicht behandelt.

#### **zu 10.4 Herr Dr. Wend zum Thema Umsetzung fairer Zugang zur Kita**

---

**Herr Dr. Wend** bezog sich auf das Thema zur Umsetzung fairer Zugang zur Kita. Er wies darauf hin, dass in der vorletzten Jugendhilfeausschusssitzung zum Thema berichtet wurde. Dabei wurde eine Auflistung von teilnehmenden Trägern zugesichert.

**Herr Frolow** sicherte die Bekanntgabe von einzelnen Trägern zum nächsten Jugendhilfeausschuss zu.

#### zu 10.5 Frau Schmidt zum Stand der Maßnahmen zur Jugendkriminalität

---

**Frau Schmidt** fragte, ob die weiterführenden Maßnahmen diejenigen sind, die mit der Kooperation der Polizei vereinbart wurden.

**Frau Brederlow** verwies auf den vorliegenden Punkteplan zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Die Polizei beschäftigt sich intensiv mit der Kooperation der Schulen und der Patenschaften. Das ist ein Teil der Maßnahmen, die fortgeführt werden.

**Frau Schmidt** erkundigte sich, ob noch andere Maßnahmen jenseits der Kooperation mit der Polizei fortgeführt werden.

**Frau Brederlow** betonte, dass der gesamte Punkteplan mit seinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität weiter fortgesetzt wird.

#### zu 11 Anregungen

---

**Herr Dr. Wend** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

---

Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
stellv. Protokollführer